

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Kultur, Bildung & Sport
	Ressort / Stadtbetrieb	Stadtbetrieb 206 - Schulen
	Bearbeiter/in	Bernd Hens
	Telefon (0202)	563 6344
	Fax (0202)	563 8433
	E-Mail	bernd.hens@stadt.wuppertal.de
	Datum:	16.01.2012
	Drucks.-Nr.:	VO/0986/11/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
31.01.2012	Ausschuss für Schule und Bildung	Entgegennahme o. B.
Antwort zur Anfrage der FDP-Ratsfraktion vom 22.11.2011 "Anwerbung von Jugendlichen auf Schulhöfen durch rechtsextreme, linksextreme und/oder islamistische Gruppen/Personen"		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der FDP-Ratsfraktion vom 22.11.2011.

Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Nocke

Antworten

Die große Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Um einen aussagefähigen Überblick zu erhalten, wurden alle weiterführenden Schulen angeschrieben und um eine kurze Stellungnahme zu den drei Fragen der FDP-Ratsfraktion gebeten. Nach Auswertung ergibt sich folgendes Bild:

Frage 1:

Nach Auskunft der Polizei versuchen extremistische Gruppierungen gezielt Schülerinnen und Schüler auf dem Schulhof zu rekrutieren. Die FDP-Fraktion fragt hierzu an:

Gibt es solche Beobachtungen an den Wuppertaler Schulen und wie gehen die Schulen damit um? Gibt es Konzepte an den Schulen, solche Rekrutierungsversuche extremistischer Gruppen zu vereiteln?

Antwort:

An allen weiterführenden Schulen konnten derartige Beobachtungen **nicht** gemacht werden. In einem Einzelfall wurden Aufkleber und Propagandamaterial rechter Gesinnung in einem Schulgebäude festgestellt, die aber sofort entfernt wurden; der Kontakt mit dem Staatsschutz wurde aufgenommen.

An einigen Schulen wird das Thema „Extremismus“ im Unterricht verschiedener Fächer aufgegriffen bzw. anlassbezogen thematisiert.

Frage 2:

Wie gestaltet sich hier die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz und/oder der Polizei? Wird der Staatsschutz bei Verdacht informiert?

Antwort:

Die Rückmeldungen zeigen, dass mit der Polizei eine ausnahmslos gute Zusammenarbeit besteht, die im Bedarfsfall einen schnellen Kontakt sicherstellt. Soweit in der Vergangenheit im Einzelfall der Staatsschutz eingeschaltet wurde, gestaltete sich auch hier die Zusammenarbeit problemlos.

Frage 3:

Welche Unterstützung wünschen sich die Schulen im Umgang mit dieser Problematik?

Antwort:

Die meisten Schulen sehen hier zurzeit keinen Handlungsbedarf (siehe auch Antwort zu Frage 2). Im Einzelfall wurde angeregt, den Schulen Informationen über Beobachtungen und konkrete Verdachtsmomente in Wuppertal mitzuteilen.